

Neue Zürcher Zeitung

Das Regime Asad kann nicht mehr gewinnen; Eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor Beginn des Aufstandes scheint nicht sehr wahrscheinlich. Dafür ist zu viel Blut vergossen worden. Der Westen sollte nicht auf eine weitere Militarisierung des Konfliktes setzen, sondern sich überlegen, welche politischen und wirtschaftlichen Hebel er hat, um den Übergang zu fördern. Von **Volker Perthes**

14 März 2012

23

Syriens Regime mordet. Die herrschende Clique um Präsident Asad, die seit einem Jahr von einem nach wie vor überwiegend friedlichen Aufstand herausgefordert wird, hat sich früh dazu entschieden, mit äusserster Gewalt gegen das rebellierende Volk vorzugehen. Die Belagerung der Industriestadt Homs war möglicherweise nur ein vorläufiger Höhepunkt. Angesichts der Gewaltanwendung durch das Regime fordern Teile der syrischen Opposition mittlerweile ein internationales militärisches Eingreifen. Es ist richtig, auch in der europäischen Debatte keine Option auszuschliessen. Gleichzeitig gilt es, bei Entscheidungen über konkrete Massnahmen und den richtigen Zeitpunkt vom politischen Ziel her zu denken – nicht nur vom Wunsch her, irgendetwas zu tun. Dies geht nicht ohne eine kühle Analyse der Verhältnisse im Land.

Weitere Eskalation

Bei aller Vorsicht mit Aussagen über die weitere Entwicklung scheint eine Rückkehr Syriens zum Zustand vor Beginn der Proteste auch mit einigen kosmetischen Anpassungen nicht mehr im Bereich des Wahrscheinlichen zu liegen. Die Proteste gegen Asad sind über das vergangene Jahr zu einem veritablen Abnutzungsaufstand geworden, der trotz der Brutalität des Regimes kontinuierlich weiter anwächst. Asad hat zwar weiterhin eine Basis, die nicht nur aus Mitgliedern seiner eigenen Religionsgemeinschaft besteht, sondern auch Gruppen umfasst, die Angst vor der unbekannten Alternative zum existierenden Regime haben. Je mehr Gewalt das Regime aber ausübt, desto mehr Anlass für Protest schafft es auch und desto weiter treibt es die Wirtschaft in den Abgrund. Wo immer das Regime seine Truppen zurückzieht dagegen, übernimmt die Opposition die Strassen.

Das Regime kann nicht mehr gewinnen. Unklar ist nur, wann und in welcher Weise es zu Ende geht und wen es dabei mit in den Abgrund zieht. Das für die internationale Politik moralisch vertretbare Ziel muss deshalb lauten, einen baldigen Regimewechsel in Damaskus zu ermöglichen und dem Land einen langen Bürgerkrieg zu ersparen. Eine der Optionen, die vor allem von Saudiarabien favorisiert wird, setzt auf die Bewaffnung der aus Deserteuren zusammengesetzten «Freien Syrischen Armee» und auf eine weitere Eskalation. Vieles spricht allerdings dafür, dass das Regime genau das zu provozieren sucht.

Die Rebellen sind keine organisierte Armee, die – auch mit Waffenhilfe von aussen – in absehbarer Zeit einen Bürgerkrieg gewinnen könnte. Trotz der Militarisierung der Proteste hat der Aufstand seinen überwiegend friedlichen Charakter bewahrt. Dies gibt ihm eine moralische Überlegenheit, die auch bewaffnete Deserteure für sich in Anspruch nehmen können, solange sie sich auf den Schutz von Demonstrationen und belagerten Städten konzentrieren. Ein uneingeschränkter Bürgerkrieg würde dies ändern, internationalen Akteuren den gleichen Abstand zu den Bürgerkriegsparteien auferlegen und es dem Regime leichter machen, grössere Teile der regulären Streitkräfte zu mobilisieren, auf die es bis jetzt –

im Kampf gegen unbewaffnete Bürger – nicht zählen kann. Bei einem militärischen Eingreifen von aussen reichen die besprochenen Optionen von Luftschlägen gegen militärische Einrichtungen bis zu der Einrichtung einer Schutzzone durch ausländische Truppen. Militärische Massnahmen sind nicht unbedingt so leicht umzusetzen, wie sie politisch verlangt werden. Eine Militärintervention wird es gratis jedenfalls nicht geben. Und eine militärische Involvierung, die den Sturz des Regimes beschleunigt oder herbeiführt, bürdete der Nato oder einer Koalition von Nato-Staaten und Mitgliedstaaten der Arabischen Liga anschliessend die Verantwortung dafür auf, Racheakte, Bürgerkrieg oder einen Zerfall des Landes zu verhindern.

Schon weil es die einfachen militärischen Antworten nicht gibt, bleibt nur weitere politische und diplomatische Arbeit. Bis anhin scheinen Asad und seine Getreuen nicht realisiert zu haben, dass ihre Zeit vorbei ist. Immerhin gelingt es ihnen weiter, einige zehntausend Unterstützer in Damaskus zu mobilisieren oder ein Verfassungsreferendum zu inszenieren, das Normalität demonstrieren sollte.

Die internationale Gemeinschaft wird zunächst alles tun müssen, beim Regime die Erkenntnis für die Aussichtslosigkeit der Situation zu fördern, eben dafür, dass auch die militärische Überlegenheit die Isolierung des Landes nicht aufhalten kann. Dazu gehören ein weiteres Anziehen der Sanktionsschraube, aber auch Gespräche mit Vertretern des Regimes. Russland sollte seine Kontakte zur Führung dazu nutzen, um eine «jemenitische Lösung» – eine temporäre Übertragung der Macht an einen Stellvertreter und die Exilierung des Präsidenten – zu ventilieren. Der neue Sondergesandte Kofi Annan muss sich bereithalten, einen Dialog mit Regierung und Opposition auf den Weg zu bringen. Arabische und westliche Staaten sollten ihnen bekannte Funktionäre in der Regierung wie in den Streitkräften zum Absprung ermutigen.

Wirtschaftlicher Wiederaufbau

Politische Involvierung heisst auch, die Opposition direkt bei der Vorbereitung auf die Übernahme politischer Verantwortung zu unterstützen. Eine Gegenregierung im Ausland muss überzeugende Pläne für die Monate nach dem Wechsel vorweisen können. Dazu gehören Aussagen zu Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechten, zum Verzicht auf Rache oder zur Weiterverwendung von Polizei, Streitkräften und Bürokratie. Die als «Freunde Syriens» firmierende Staatengruppe kann bereits im Vorfeld einen Hilfsfonds anlegen, um ein wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm zu unterstützen. All dies würde signalisieren, dass ein Zusammenbruch des Regimes Asad nicht Chaos und Bürgerkrieg bedeuten muss, sondern eine ordentliche Transition möglich ist, von der auch die Minderheiten und andere Gruppen, auf die das Regime sich gestützt hat, nichts zu fürchten haben.

Volker Perthes leitet die Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.